



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Mobilität -

Tagesordnung I Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 1. Dezember 2022

Vorlagen-Nr. 22-F-63-0126

**Sichere Schulwege - ein Beitrag zur Schulwegmobilität
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 23.11.2022 -**

Die Wiesbadener Schulwegmobilität ist vielfältig. Schüler*innen können ihre Schulen mit Bussen, Autos, zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichen. Werden Gesundheit und Verkehrswende in den Fokus gestellt, dann stellt das zu Fuß gehen sowie das Radfahren die optimale Mobilität dar. Ergebnisse der Studie "Sicherer Schulweg" vom Deutschen Kinderhilfswerk, ökologischen Verkehrsclub VCD und Verband Bildung und Erziehung (VBE) machen deutlich, dass bei der Wahl des Beförderungsmittels nicht nur die Bequemlichkeit das alleinige Kriterium darstellt. Von den Befragten wurde auch der Mangel an sicheren Fuß- und Radwegen herangeführt.¹

Die Schulwegsicherheit erhöht die Bereitschaft der Eltern, ihre Kinder mit dem Fahrrad oder zu Fuß die Schule erreichen zu lassen. Dazu müssen Schwachstellen und Risiken auf dem Schulweg für Radfahrende und zu Fuß Gehende ermittelt werden.

Wir möchten auf bestehende Ansätze und Projekte aufbauen und die Infrastruktur für sichere Schulwege weiter verbessern. In diesem Zusammenhang sind beispielsweise das Schleichwegeprojekt des Wiesbadener Schulsportvereins, die Aktion "Schulradeln" oder "Zu Fuß zur Schule" lobenswert zu nennen.

Wir verfolgen das Ziel, alternative Fortbewegungsmöglichkeiten zu erhalten, zu fördern und zu schaffen. Darüber hinaus möchten wir die Selbstständigkeit von Schüler*innen sowie ein klimafreundliches Verkehrsverhalten steigern.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) die wesentlichen Erkenntnisse über beispielsweise Gefahrenschwerpunkte aus der Anfang November von der Polizei durchgeführten Aktionswoche zur Schulwegsicherheit an Grundschulen darzulegen und dabei auch die von den "Dialog-Displays" erfassten Daten und resultierende Schlussfolgerungen zu berichten.
- 2) zu berichten, welche Ergebnisse und Erfolge aus dem Projekt Wiesbaden geht "Besser zur Schule" resultieren.
- 3) zu berichten, ob Übertragbarkeiten auf andere Schulstandorte und Schulformen geprüft und/oder umgesetzt wurden.
- 4) zu berichten, welche Fördermaßnahmen zur Schulwegmobilität in Anspruch genommen werden können.
- 5) über den aktuellen Sachstand des schulischen Mobilitätsmanagements in Wiesbaden zu berichten.
- 6) zu prüfen, wie Maßnahmenpläne zum schulischen Mobilitätsmanagement unter Einbeziehung relevanter Akteure, wie Eltern; Schüler*innen, Lehrkörper, Schulleitung und

¹ <https://www.dkhw.de/schwerpunkte/spiel-und-bewegung/politische-arbeit/umfrage-sicherer-schulweg/>

- Verbände etc. entwickelt, weiterentwickelt und umgesetzt werden können, mit dem Ziel, dass Schüler*innen mit dem Fahrrad oder zu Fuß sicher zur Schule gelangen können.
- 7) Verkehrssicherheitsmaßnahmen im Schulumfeld zu verstärken, insbesondere mit dem Fokus auf parkende Fahrzeuge, an Fußgängerüberwegen, in Kreuzungsbereichen, auf Radwegen sowie die Einhaltung von Geschwindigkeitsobergrenzen.
 - 8) zu prüfen, an welchen Standorten die Errichtung sogenannter Schulstraßen mit temporären Schranken grundsätzlich möglich wäre.
-

Beschluss Nr. 0168

- I. Die Ziffern 1) bis 5) des ursprünglichen Antrages sind durch Aussprache erledigt.
- II. Der Antrag wird wie folgt angenommen:
Der Magistrat wird gebeten,
 - 1) zu prüfen, wie Maßnahmenpläne zum schulischen Mobilitätsmanagement unter Einbeziehung relevanter Akteure, wie Eltern; Schüler*innen, Lehrkörper, Schulleitung und Verbände etc. entwickelt, weiterentwickelt und umgesetzt werden können, mit dem Ziel, dass Schüler*innen mit dem Fahrrad oder zu Fuß sicher zur Schule gelangen können.
 - 2) Verkehrssicherheitsmaßnahmen im Schulumfeld zu verstärken, insbesondere mit dem Fokus auf parkende Fahrzeuge, an Fußgängerüberwegen, in Kreuzungsbereichen, auf Radwegen sowie die Einhaltung von Geschwindigkeitsobergrenzen.
 - 3) zu prüfen, an welchen Standorten die Errichtung sogenannter Schulstraßen mit temporären Schranken grundsätzlich möglich wäre.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 15.12.2022

Martin Kraft
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher
Dem Magistrat

Wiesbaden, .12.2022

mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .12.2022

Dezernat V
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dezernat II
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister